34. Jahrgang. Sonnabend, 24. Januar. Abend-Ausgabe.



Nr. 18717.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. Jan. (Privattelegramm.) Gestern fand hier eine große **antisemitische Versammlung** statt. Stöcker sprach darin gegen den „Verein gegen den Antisemitismus"; derselbe habe keine Berechtigung und sei zwecklos. Der Abg. Liebermann von Sonnenberg bekämpft ebenfalls den Verein und behauptet, Material zu haben, welches beweisen soll, daß eine Abtheilung des Vereins Geld biete für Personalien der Antisemiten. (Weshalb kommt Herr Liebermann damit nicht heraus? D. Red.)

London, 24. Januar. (W. T.) Die hiesige Holzmaklerfirma Simson and Mason limited hat in Folge des Fallissements einiger mit ihr in Beziehung stehenden Holzfirmen ihre Zahlungen eingestellt. Die Höhe der Passiven ist unbekannt.

Brüssel, 24. Januar. (Privattelegramm.) Die **Leichenfeier des Prinzen Balduin** findet am Donnerstag in der Gudulakirche statt. Die Beisetzung erfolgt in der königl. Krypta der Kirche zu Laeken.

Brüssel, 24. Januar. (Privattelegramm.) Auch **Prinz Albert**, der jüngere Sohn des Grafen von Flandern, ist **erkrankt**, was lebhafte Besorgniß erregt.

Newyork, 24. Januar. (Privattelegramm.) Nachrichten aus **Chile** schildern die Lage als sehr ernst. Die **Insurgenten sind überall siegreich**; in ganz Central- und Südamerika herrscht politische Gährung.

Pittsburg, 24. Januar. (Privattelegramm.) Die amerikanischen **Bergarbeiter** sollen am 1. Mai einen **Massenstrike** zur Erlangung des achtstündigen Arbeitstages organisiren wollen; sie rechnen auf 500 000 Theilnehmer.

Politische Uebersicht.

Danzig, 24. Januar.

Die „Wendung" in Westafrika.

Eine interessante Nachricht geht uns heute aus Berliner colonialen Kreisen, die sich bisher noch immer als gut unterrichtet erwiesen haben, wie folgt zu:

Der **Reichskanzler General v. Caprivi** hat dem **Kaiser ein Memorandum** überreicht, worin die Werthlosigkeit von Südwest-Afrika betont und gleichzeitig die Meinung ausgesprochen ist, daß diese Colonie für Deutschland nur noch als **Compensationsobject** eine gewisse Bedeutung beanspruchen könne. Ueber die Aufnahme, die diese Denkschrift beim Kaiser gefunden, ist bisher noch nichts verlautet.

„Man fürchtet daher", fügt unser Gewährsmann hinzu, „den Verkauf dieser Colonie an England." — Diese Nachricht wird wohl nur in den ohnehin schon sehr zusammengeschrumpften Kreisen der enragirtesten Colonialschwärmer „Befürchtung" und Mißstimmung hervorrufen. In Wirklichkeit enthält sie keinerlei bedauerliche Wendung und auch überraschend ist die letztere nicht, nachdem wir vor wenig Tagen erst auf eine solche Wendung durch den Staatssecretär des Aeußern, Herrn v. Marschall, selbst vorbereitet worden sind. Herr v. Marschall hat am 14. Januar in der Budgetcommission offen erklärt, daß die Frage des wirthschaftlichen Werthes oder Unwerthes dieser Colonie noch eine offene ist, daß der Zustand in Südwestafrika „ein völlig unbefriedigender" ist und „auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann"; und selbst der Abg. Hammacher, der immer im Vordergrunde der eifrigsten Colonialchauvinisten gestanden hat, äußerte resignirt, daß man nur deshalb noch an Westafrika festhalten müsse, weil man „präjudicirt" sei. Wenn sich daher die obige Angabe bestätigt und irgend ein halbwegs würdiges Compensationsobject gefunden wird, so sehen wir nicht den mindesten Grund, weshalb wir mit dieser Wendung nicht durchaus einverstanden sein sollten.

Ein Pyrrhussieg

ist es, weiter nichts, den die Schutzzöllner gestern erfochten haben. Der Reichstag hat zwar mit geringer Mehrheit (133 gegen 106 Stimmen) den Antrag auf Aufhebung des Verbots der Einfuhr von amerikanischen Schweinen und Schweinefleisch abgelehnt, der Verlauf der Verhandlungen wird aber schwerlich dazu dienen, der Politik, auf welcher dieses Verbot beruht, eine nachhaltige Unterstützung zu gewähren. Staatsminister v. Boetticher hat an der formellen Auffassung des Verbots als eines ausschließlich aus sanitären Rücksichten behufs Abwehrung trichinöser Krankheiten erlassenen heute wie gestern festgehalten, erfuhr aber gestern die Ueberraschung, daß die nationalliberale Partei durch den Abg. v. Marquardsen dem Zweifel daran Ausdruck gab, daß die sanitären Gesichtspunkte in diesem Falle den Vorzug vor den volkswirthschaftlichen verdienten. Die Erklärung Marquardsens, der mit der Mahnung an die Regierung schloß, nicht das Kind mit dem Bade in sanitärer Hinsicht auszuschütten, hatte die überraschende Wirkung, daß der Staatssecretär des Auswärtigen Mittheilung davon machte, daß die Regierung neue Erhebungen in Amerika über die Controlmaßregeln u. dergl. angeordret habe und daß sie das Eintreffen der Berichte erwarte. Diese Erklärung sollte die Nationalliberalen davon überzeugen, daß es der Annahme des Antrags Barth nicht bedürfe, um die Regierung zu erneuter Erwägung, ob das Verbot nothwendig sei, zu veranlassen. Die Wirkung blieb aber aus, die Nationalliberalen stimmten geschlossen für den Antrag. Den Ausschlag gegen denselben gab auch in dieser Sache das Centrum. Die Redner der Conservativen, die Herren v. Frege und namentlich Graf Kanitz, hatten vorgestern das hohe Lied vom Schutze des nationalen Schweins im Interesse des Bauernstandes gesungen. Das war selbst dem Centrum zu stark. Herr Windthorst erklärte gestern mit aller Bestimmtheit, für ihn sei das Verbot nur als eine Maßregel der Gesundheitspflege discutirbar. Gerade weil er bei dem Schutzzollsystem beharren wolle (!), müsse er verlangen, daß Minister v. Böttticher noch einmal und möglichst ausführlich dem Verdacht entgegentrete, als handle es sich bei dem Einfuhrverbot um eine Ergänzung des Schutzzolls. Hr. v. Böttcher unterzog sich dieser Aufgabe, „da alle guten Dinge drei sind" — er hatte vorgestern schon zwei Mal gesprochen — er mußte aber schließlich nach der Bebel'schen Rede noch ein viertes Mal das Wort nehmen und stellte den Nachweis in Aussicht, daß die an der holländischen Grenze vorgekommenen Fälle von Trichinose von eingeschmuggeltem amerikanischen Schweinefleisch herrührten. Der Wink Windthorsts wurde aber auch von den landwirthschaftlichen Schutzzöllnern verstanden. Mit auffälliger Gelehrigkeit sagte zunächst Herr v. Kardorff sein Sprüchlein her, daß für ihn die sanitäre Rücksicht die allein maßgebende sei, was ihn freilich nicht hinderte, im Verlauf seiner Rede gegen den manchesterlichen Grundsatz der „Erleichterung der Volksernährung" Front zu machen. Und Graf Kanitz, der vorgestern erklärt hatte, die wirthschaftliche Seite des Einfuhrverbots stehe ihm höher als die sanitäre, unterwarf sich dem Befehl des Centrumsführers und versicherte, das sanitäre Interesse sei das überwiegende. Nach diesem Opfer des Intellects konnte das Centrum mit ruhigem Gewissen mit den Conservativen den Antrag Barth ablehnen.

Nichtsdestoweniger erhält sich die Annahme, daß die Tage des Einfuhrverbots gezählt sind. Wie man Verbote dieser Art illusorisch macht, ohne sie formell aufzuheben, haben die Maßregeln bewiesen, mit deren Hilfe die Verbote der Einfuhr von Schweinen und Vieh aus Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien u. s. w. in letzter Zeit durchbrochen worden sind.

Ueber die äußere Scenerie der gestrigen Sitzung geht uns von einem unserer Berichterstatter noch folgende Schilderung zu:

Bezeichnend für die heutige Gruppirung der Parteien ist ein Momentbild, das man einen Augenblick beobachten konnte; Bamberger saß auf Bennigsens Platz in eifrigem Gespräch mit Hammacher und Graf Kanitz neben Windthorst. Vom Gesundheitsamt, bei dessen Titel die Debatte stattfand, wurde heute ebensowenig gesprochen, wie gestern. Vor der eigentlichen Debatte wurde noch eine kleine Vorlage erledigt, die Einfügung einer kleinen österreichischen Gemeinde in den deutschen Zollverband. Brömel benutzte die Gelegenheit, die Sache als gute Vorbedeutung für den deutsch-österreichischen Handelsverband zu begrüßen und eine kleine Anfrage über einige hierauf bezügliche Gegenstände zu richten. Staatssecretär v. Maltzahn beantwortete dieselbe und trug dann das Aktenstück, aus dem er sich informirt, zu Brömel, um ihm noch persönlich weitere Angaben zu machen. Herr v. Bötticher hatte sich während dessen — erschrick nicht, lieber freisinniger Leser — mitten ins feindliche Lager gewagt, im Vorbeigehen Bamberger ein Scherzwort zugerufen und sich dann neben Goldschmidt und Munckel niedergelassen. Inzwischen hatte Windthorst die Tribüne bestiegen. Langsam und würdevoll wandelt er von seinem Platz die Stufen hinauf; auf der obersten Stufe nimmt er das schwarze Käppchen, das er jetzt trägt, ab, faltet es zusammen und beginnt dann von der obersten Treppenstufe zu sprechen, unmittelbar vor den Socialdemokraten, die sich ein Vergnügen daraus machen, ihm allerlei Zwischenrufe in die Rede zu streuen, so daß dieselbe stellenweise den Charakter eines Zwiegesprächs annimmt und Hr. v. Levetzow mit der Glocke dazwischen fahren muß. Windthorst sprach heute leiser als je, trotzdem er über eine sehr schneidende Stimme verfügt und auch sehr laut sprechen kann, wenn er will. Es kommt noch dazu, daß die Herren Regierungscommissare große Staatsgeheimnisse dicht unter der Tribüne der Journalisten, meist entsetzlich rücksichtslos laut, besprechen, und so hört man vom Redner nur die Hauptpointen, die er mit Absicht scharf betont. Bemerkt wird übrigens allseits, daß Windthorst jetzt auf seinem Platze öfter ein Schläfchen riskirt als früher — was auch nicht unnatürlich ist — während man dasselbe von dem 91jährigen Moltke noch nie bemerkt hat. Derselbe erscheint jetzt selten im Reichstage, da er bei Herrenhaussitzungen das letztere vorzieht. Die ziemlich träge dahinschleichende Debatte wurde durch eine Rede des Antisemiten Liebermann v. Sonnenberg unterbrochen, der im Reichstage eine ähnliche Rolle spielt, wie Herr Cremer im Abgeordnetenhause. Da ihm wohl meist die Gedanken zu einer sachgemäßen Debatte nicht zu Gebote stehen, so sucht er diesen Mangel durch Angriffe auf die freisinnige Partei zu verdecken. Die Rechte des Hauses amüsirte sich sehr bei den — es ist schwer, einen parlamentarischen Ausdruck zu finden — Invectiven, mit brausendem Gelächter und schallendem Bravo den Redner anspornend. „Die Freisinnigen bekämpfen außerhalb des Hauses nur theoretisch die Socialdemokraten, hier sind sie immer einig", „Dem Bauern das Fell über die Ohren ziehen", „Ihre Pflegebefohlenen sind ja durch die Speisegesetze geschützt", ein häßlicher Angriff gegen die wissenschaftliche Bedeutung Virchows, das ist eine kleine Blumenlese aus der Rede des antisemitischen Klopffechters. Die beste Kritik übte Herr v. Vollmar an ihm, denn nachdem der Beifallssturm (wörtlich zu nehmen!) verhallt, rief er ihm ein lautschallendes Bravo! zu. Bei der Abstimmung, der freisinnige Schmidt-Elberfeld rief die Namen auf, war Herr v. Puttkamer nicht auf der Liste zu finden, was derselbe an der entsprechenden Stelle sofort durch lauten Zuruf rügte, natürlich unter Heiterkeit des ganzen Hauses über den Eifer des alten Herrn.

Der Stand der Zuckersteuerfrage.

Die Zuckersteuercommission beendigte gestern die erste Lesung der Vorlage nach den Anträgen der Subcommission. Der Eingangszoll (36 Mk.) bleibt unverändert. Schatzsecretär Frhr. v. Maltzahn wiederholte seine früheren Erklärungen über die gefaßten Beschlüsse und hob den dringenden Wunsch hervor, jetzt das Gesetz zu Stande zu bringen. Hoffentlich sei eine Verständigung möglich. Die Reichsregierung halte nicht unabänderlich an ihren Vorschlägen fest. Gleichwohl erachte sie den Steuersatz von 16 Mk. für unrichtig, die offene Prämie von 1,50 Mk. für zu hoch und den Fortfall jeder Frist für den Wegfall der Prämie als sehr nachtheilig. Die zweite Berathung findet Mittwoch nächster Woche statt.

Die Erklärungen des Schatzsecretärs v. Maltzahn waren im allgemeinen so verclausulirt, daß man aus denselben bestimmte Schlüsse auf die Absichten der Regierung nicht ziehen kann. Auf der Seite derjenigen, welche die Vorlage rückhaltlos unterstützen, insoweit dieselbe die Materialsteuer sofort, die Prämien nach kurzer Frist aufzuheben bezweckt, wird vielfach bedauert, daß die Vertreter der Regierung durch ihre Zurückhaltung den Widerspruch der Gegner des Gesetzes eher herausfordern als abschwächen. Gleichwohl ist auf die Prophezeiungen, daß nichts zu Stande kommen werde, kein Werth zu legen. Das sind meist nur Wünsche. Am wenigsten Aussicht hat die Regierung, eine Erhöhung der Verbrauchssteuer über 16 Mk. (bisher 12 Mk.) durchzusetzen, da das Centrum dazu die Hand nicht bietet und da auch die Freisinnigen, Volkspartei und Socialdemokraten, die bisher jede Erhöhung der Verbrauchssteuer ablehnten, unter keinen Umständen höher gehen würden. Ob es gelingt, für eine offene Prämie von einer Mark, etwa bis 1897, eine Majorität zu beschaffen, ist noch zweifelhaft. Im übrigen liegt es auf der Hand, daß eine hohe Prämie auf unbestimmte Zeit für die Zuckerindustrie gefährlich werden könnte. Ein Ausgabesatz von 7 bis 10 Mill. Mk. jährlich im Etat zur Subvention der Zuckerindustrie würde, namentlich wenn einmal ein Deficit in Aussicht steht, sich sehr bald als unhaltbar erweisen.

Das Hinscheiden des Prinzen Balduin von Flandern

erfolgte ganz unerwartet. Gestern Morgen noch veröffentlichte der „Moniteur Belge" ein Bulletin, worin es heißt:

„Der Prinz Balduin hütet seit einigen Tagen in Folge einer Erkältung das Bett, sein Zustand hat sich gestern verschlimmert."

Nichts ließ die Katastrophe befürchten; erst vorgestern Abend 11½ Uhr wurde die Situation eine hoffnungslose. Der Prinz starb Morgens 1¾ Uhr. In der ganzen Stadt Brüssel herrscht tiefe Niedergeschlagenheit. Ueberall bilden sich Gruppen, welche das traurige Ereigniß als einen neuerlichen harten Schlag für die so schwer geprüfte königliche Familie besprechen. Die gesammte Bevölkerung nimmt an dem Schmerze des Königs und der königlichen Familie Theil. An den Zugängen des Palais herrscht tiefste Ruhe. Polizeiagenten wachen darüber, daß kein Lärm entstehe, da man bis jetzt das traurige Ereigniß vor der Prinzessin Henriette, der Tochter des Grafen von Flandern, die selbst soeben eine schwere Krankheit durchgemacht hat, geheim hält.

Nach weiteren Mittheilungen ist Prinz Balduin an einer Lungencongestion gestorben, die er sich, wie man glaubt, in Folge Erkältung bei den Nachtwachen am Bette seiner kranken, nunmehr genesenen Schwester, der Prinzessin Henriette, zugezogen hat. Dagegen glaubt das Journal „Flandre Libérale", der Prinz Balduin sei an einer Nierenblutung gestorben. Es seien schon seit längerer Zeit bei dem Prinzen Symptome eines ernsten Nierenleidens beobachtet worden. Vorgestern habe der zufällig im Palais anwesende Arzt Dr. Rommelaere den kritischen Zustand festgestellt und gerathen, einen Priester zu rufen. — Der Prinz liegt auf dem Sterbebette in großer Uniform der Carabiniere, in der einen Hand den Säbel haltend, in der anderen den Rosenkranz. Eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, namentlich höhere Offiziere, kommen nach dem Palais, um sich daselbst einzuschreiben. Der König war gegen Mitternacht zu seinem Neffen gekommen und verblieb bei demselben bis nach 1 Uhr Morgens. Sämmtliche Minister hatten sich vorher bei demselben eingefunden.

Die Minister, der Gouverneur von Brabant und der Bürgermeister von Brüssel haben im Palais des Grafen von Flandern über das Hinscheiden des Prinzen Balduin den erforderlichen Standesakt aufgenommen. Vom Palais weht die Trauerfahne. Sämmtliche Blätter veröffentlichen Separatausgaben, in denen der Tod des Prinzen angezeit und der Trauer über dieses für die ganze königliche Familie so schmerzliche Ereigniß Ausdruck gegeben wird.

In der Repräsentantenkammer gab der Ministerpräsident Beernaert der Sympathie des Cabinets mit dem Verlust, welcher den geliebten König und die königliche Familie betroffen hat, Ausdruck. Die Kammer schloß sich den Gefühlen des Cabinets an. De Lantsheere im Namen des Bureaus, Nothomb im Namen der Rechten und Frère-Orban im Namen der Linken sprachen in gleicher Weise ihre Theilnahme mit der königlichen Familie aus. Als Zeichen der Trauer wurde die Sitzung aufgehoben.

Zahlreiche Beileidstelegramme an den König und den Grafen von Flandern treffen von allen Seiten ein.

Bei Eröffnung der Sitzung der **luxemburgischen Kammer** theilte der Staatsminister Eyschen den Tod des Prinzen Balduin von Flandern mit dem Ausdruck der herzlichen Theilnahme Luxemburgs an dem schweren Verluste Belgiens mit. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde zum Zeichen der Trauer die Sitzung aufgehoben.

Der **französische Präsident Carnot** richtete bald nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Tode des Prinzen Balduin von Flandern an den König der Belgier ein Beileidstelegramm; gleichzeitig ließ sich der Präsident bei dem belgischen Gesandten Baron Beyens einschreiben. Der Minister Ribot stattete dem Baron Beyens einen Condolenzbesuch ab.

Eine anarchistische Demonstration,

die gestern in Paris auf dem Place de l'Opera veranstaltet wurde, war ohne Bedeutung. Es kamen etwa 50 Anarchisten unter dem Rufe: „Es lebe die Anarchie! Brod!" von der Vorstadt La Vilette herab. Dieselben wurden von der Polizei zerstreut. Ein Anarchist wurde auf dem Boulevard verhaftet, als er die große Fensterscheibe eines Kaffeehauses mit seinem Stocke zertrümmerte. Im ganzen sind etwa 400 Verhaftungen vorgenommen worden. Mehrere der Verhafteten haben erklärt, sie hätten Geld von anarchistischen Zeitungen erhalten. Bei anderen wurden Waffen gefunden. Bis auf etwa 50, welche obdachlos sind, und sieben anarchistische Führer, welche wegen Führung von Waffen gerichtlich verfolgt werden, wurden alle Verhaftete wieder entlassen.

Im englischen Unterhause

gab gestern der Unterstaatssecretär Fergusson die Erklärung ab, die jüngsten Vorgänge in Manica entzögen sich noch der Beurtheilung, die zum Theil von den geographischen Verhältnissen abhängen müsse. Die Unterhandlungen mit Portugal über die resp. Einflußsphären seien noch nicht beendet. — Die von der britischen Regierung bei dem amerikanischen Obergericht in der Frage des Robbenfanges im Behringsmeer anhängig gemachte Angelegenheit betreffe die Verletzung von Rechten nicht internationaler Natur," berühre daher nicht die diplomatischen Verhandlungen. — Channing beantragte eine Resolution, in welcher erklärt wird, daß die übermäßigen Arbeitsstunden der Bahnarbeiter eine Quelle der Gefahr für die Arbeiter und die Eisenbahn-Fahrgäste seien und daß das Handelsamt daher die Befugniß erhalten solle, die Arbeitsstunden der Eisenbahn-Arbeiter und Bediensteten, wo dies nöthig erscheine, zu beschränken.

Beim Schlusse der Redaction geht uns hierüber noch folgende Drahtmeldung zu:

London, 24. Januar. (W. T.) Das **Unterhaus** hat den Antrag Channing, das Handelsamt zur fallweisen Beschränkung der Dienststunden der Eisenbahnbediensteten zu ermächtigen, verworfen. Der Präsident des Handelsamts Hicks Beach erklärte, er halte die Zeit für die Regelung der Frage für gekommen.

Die russische Action in Bulgarien.

Wie das hochofficiöse Wiener „Fremdenblatt" ausführt, stünde die von Rußland in Sofia eingeleitete Action weder mit der Affäre Lutzki noch mit den in Konstantinopel vorgenommenen Verhaftungen in Zusammenhang, sondern bezwecke ausschließlich eine vermehrte Sicherheit gegen verbrecherische Anschläge. Die russische Regierung dürfe hierbei auf die Mithilfe aller Regierungen zählen; es hieße die Angelegenheit trüben, wollte man ihr politische Zwecke imputiren. Bulgarien werde sich nie dazu herbeilassen, fremden politischen Zwecken zu dienen, werde aber die bei ihm erhobenen Vorstellungen prüfen und sicherlich, falls sich eine solche Nothwendigkeit ergeben sollte, allen Verpflichtungen nachkommen, welche ihm die Gleichartigkeit seines Rechtsbewußtseins und seiner Rechtsanschauungen mit denjenigen der anderen Cabinette auferlege. Bulgarien könne damit nur neuerdings bekunden, daß es ein Factor der Rechtssicherheit und Ordnung für Europa geworden sei.

Die „Polit. Corresp." erfährt von maßgebender bulgarischer Seite, die der bulgarischen Regierung bekanntgegebene Liste russischer, in bulgarischen Staatsdiensten stehender Nihilisten führe nicht nur niemals angestellte oder inzwischen entlassene Personen, sondern auch bulgarische Staatsbürger auf. Die bulgarische Regierung sei entschlossen, die im Staate Bediensteten fremder Nationalitäten zu entlassen auf die bloße Möglichkeit hin, daß die erhobene Anschuldigung richtig sei. Dagegen sei bei bulgarischen Staatsbürgern die Einbringung von Beweisen nothwendig. Die Regierung verkenne nicht die Verpflichtung, in Bulgarien keinen Agitationsherd zu dulden, sondern eventuell energisch einzuschreiten.

Das neue brasilianische Cabinet.

ist nunmehr wie folgt gebildet: Uchoa Ministerpräsident und Minister ohne Portefeuille, Cavalcante Inneres, Justo Chermont Auswärtiges, Alencar Araripe Finanzen, General Frota Krieg.

Admiral Foster Vidal Marine, Assiz Brazil Justiz; dem Vernehmen nach würde Lucena das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernehmen. Das Ministerium des Unterrichts und der Posten ist aufgehoben.

Reichstag.

50. Sitzung vom 23. Januar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des deutsch-österreichischen Vertrages betreffend den **Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg** an das Zollsystem des deutschen Reiches.

Abg. **Brömel** (freis.): In der Vereinbarung sehen wir den Ausdruck eines freundlichen zollpolitischen Einvernehmens zwischen den beiden Reichen, welcher hoffentlich bei dem Abschluß eines Handelsvertrages einen noch kräftigeren Ausdruck finden wird. Wir wünschen vom Bundesrathstische darüber Auskunft, ob die Gemeinde mit der Veränderung einverstanden ist. Ferner wünsche ich einige Auskunft über die außerordentliche Höhe der neu entstehenden Verwaltungskosten im Verhältniß zu dem aufzubringenden Betrage an Zöllen und Steuern. Dieser letztere wird geschätzt auf 17 618 Mk., von welchen nicht weniger als 13 682 Mk., also mehr als $^4/_5$, auf die neuen Verwaltungskosten draufgehen sollen. Ferner möchte ich wissen, ob bei der zollanzuschließenden Gemeinde die Zuckerindustrie und die Brennerei eine wesentliche Bedeutung hat, welche eine weitere Belastung der deutschen Steuerzahler und Consumenten herbeiführen würde.

Staatssecretär **v. Maltzahn**: Daß die Gemeinde Mittelberg mit dem durch den Vertrag vorgeschlageuen Arrangement einverstanden ist, ist nicht zweifelhaft. Die Höhe der Verwaltungskosten beruht auf speciellen Ermittelungen des voraussichtlichen Mehrbedarfs, welche ich auf Wunsch mittheilen könnte. Die in Mittelberg befindlichen kleinen Brennereibetriebe würden selbstverständlich ebenso gestellt sein, wie die ähnlichen Anlagen im Königreich Baiern.

Der Vertrag wird in erster und demnächst in zweiter Lesung in allen seinen Theilen genehmigt.

Zweite Berathung des **Etats** zu Antrag Barth, betreffend die Aufhebung des **Schweineeinfuhrverbots.**

Abg. **Windthorst**: Der Reichstag hat bisher, wenigstens stillschweigend, dem Einfuhrverbot zugestimmt, in der Voraussetzung, daß das amerikanische Schweinefleisch wirklich gesundheitsgefährlich ist. Sollte dieses Verbot irgend eine schutzzöllnerische Tendenz haben, so würde ich ganz bestimmt für den Antrag Barth stimmen. Ich kann mich aber auf die gestrigen beruhigenden Aeußerungen des Staatssecretärs berufen, und ich hoffe, daß er nicht versäumen wird, dies noch einmal zu thun, daß hier lediglich sanitäre Rücksichten entscheidend sind. Ich würde dies nicht sagen, wenn nicht Graf Kanitz die Maßregel als eine schutzzöllnerische behandelt hätte. Graf Kanitz hat der Sache, der er dienen wollte, keinen guten Dienst erwiesen. (Hört, hört! links.) Wir können die Sache nur vom sanitären Standpunkte prüfen und behandeln. Vielleicht ließe sich durch einen diplomatischen Agenten ein Einfluß dahin geltend machen, daß auch in Amerika die erforderlichen Schutzmaßregeln getroffen werden, welche die Ausfuhr kranken Viehes nach Deutschland verhindern. Aus diesen Gründen kann ich mit meinen Freunden für den Anteag Barth zur Zeit nicht stimmen; aber wir halten die Aufhebung des Einfuhrverbots für dringend wünschenswerth, denn die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, welche für die Ernährung der Masse des Volkes unerträglich ist. (Abg. **Bebel**: Hört, hört!) Es muß auch der Verdacht, als ob eine solche Maßregel zur Ergänzung des Schutzzolls dienen soll, ausgeschlossen sein. (Beifall im Centrum und rechts.)

Staatssecr. **v. Böttícher**: Ich will jetzt zum dritten Male erklären, daß der Standpunkt, den die verbündeten Regierungen gegenüber der Frage des Einfuhrverbots einnehmen, lediglich bestimmt wird durch gesundheitliche Rücksichten. Ich bleibe bei der Behauptung stehen, daß der Gesundheitszustand des Schlachtviehes in Amerika noch nicht in dem Grade gebessert ist, daß wir der Zuversicht leben könnten, es werde uns von dort nur gesundes Fleisch zugeführt. Ich habe über Nacht Gelegenheit gehabt, mich noch genauer zu orientiren und besseres Material beizubringen. (Zuruf links: Das war auch nöthig!) Wir haben leider mit dem Versuche, die russische Grenze an einigen Stellen der Einfuhr von Schweinen zu öffnen, sehr traurige Erfahrungen gemacht. (Lebhafter Beifall rechts.) Nach den uns vorliegenden Berichten ist bis jetzt kein unverseuchter Transport über die russische Grenze gekommen (Hört, hört! rechts), und leider nehmen die Russen die Schweine nicht zurück, sondern überlassen es uns, die Schweine zu consumiren. In Amerika ist die Zahl der untersuchenden Beamten gegenüber der Masse der Ausfuhren viel zu klein, und außerdem finden Untersuchungen nur an drei Orten statt: in Newyork, Chicago und Kansas City. Wir haben also gar keine Gewähr, daß nicht ununtersuchtes Fleisch nach Deutschland kommt. Uebrigens sind die Bestimmungen zum Schutze gegen gesundheitsschädliche Einfuhren in Amerika selbst äußerst strenge, ja noch strenger, als sie bei uns für nöthig gehalten werden. Denn Amerika schreibt für alle Importe aus anderen Welttheilen vor: erstens ein Ursprungszeugniß, und zwar der Herkunft aus Orten, welche mindestens ein Jahr lang seuchenfrei gewesen sind, und zweitens eine Quarantäne von 90 Tagen für Schweine und von 50 Tagen für Schafe. Wir sollten uns hierin an Amerika ein Beispiel nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Marquardsen** (nat.-lib.) betont den Ausführungen des Staatssecretärs gegenüber, es müßte doch auch die volkswirthschaftliche Seite der Sache mehr, als geschehen, in Betracht gezogen werden. Auch in Bezug auf die sanitäre Frage darf man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Auf Verhältnisse vor 10 Jahren darf jetzt nicht mehr Bezug genommen werden. Mindestens müßte die Regierung erst genaue Untersuchungen anstellen, ob denn in Holland, Belgien u. s. w., wo man das amerikanische Schweinefleisch genießt, wirklich die schlimmen Folgen eingetreten sind, welche unsere Regierung von der Aufhebung des Einfuhrverbots gewärtigt. Meine Freunde werden aus diesen Gesichtspunkten den Antrag Barth annehmen. Sie erwarten nicht, daß nun sofort die Aufhebung des Einfuhrverbots erfolgt, aber der Antrag wird, wenn angenommen, die Regierung veranlassen, nochmals genaue Untersuchungen in der von ihm bezeichneten Richtung anzustellen.

Staatssecretär **v. Marschall**: Einer solchen Aufforderung bedarf es nicht, denn die Regierung hat schon eingehende Mittheilungen von ihren Consular-Agenten in Amerika eingefordert, deren Eingang demnächst zu gewärtigen ist.

Abg. **Bebel** (Soc.): Es ist bezeichnend für die Nonchalance der Regierung diesem wichtigen Antrage gegenüber, daß sie mit den Erklärungen, die wir soeben vernommen haben, nicht schon gestern gekommen ist, daß Hr. v. Böttícher sich erst über Nacht Material beschaffen mußte. Aber für mich ist das Material, das Hr. v. Böttícher uns mittheilte, durchaus unzulänglich. Für uns hat bereits bei Erlaß des Verbotes und auch jetzt nicht der geringste Zweifel bestanden, daß weit mehr agrarische Interessen als die wahren Rücksichten auf die Gesundheit der Bevölkerung maßgebend gewesen sind. Die gestrigen Reden der Abgg. v. Frege und Graf Kanitz waren uns ein neuer Beweis dafür. Die Empörung des Volkes über die bestehenden Zustände ist jetzt eine allgemeine, und da ist es kein Wunder, wenn sogar Abg. Windthorst und Hr. v. Böttícher erklären, sie wollten für die Erleichterung der Volksernährung eintreten. In den ganzen zehn Jahren der Schutzzollpolitik haben wir von der Regierung eine solche Versicherung nicht gehört. Für unsere gesammte ärmere industrielle Bevölkerung war amerikanisches Schweinefleisch, Speck und Schinken bis zu dem Einfuhrverbot das einzige Fleischnahrungsmittel. Seitdem ist für diese Bevölkerung der Fleischconsum auf ein Minimum zurückgegangen, ja ganz zur Unmöglichkeit gemacht worden durch die agrarische Politik. Denn daß die sanitären Gründe nicht stichhaltig sind, geht doch daraus hervor, daß man in England, Holland, vor allem in Amerika von nachtheiligen Folgen des Fleischconsums nichts hört. Glauben Sie, daß die dortigen Arbeiter einen anderen Magen haben als die deutschen? Uebrigens wird ja doch schon seit langer Zeit auch bei uns am ganzen Rhein amerikanischer Speck unter holländischer Flagge eingeführt, ohne daß ein Gesundheitsschaden daraus erwachsen ist. Das auswärtige Amt hätte unter den obwaltenden Verhältnissen schon längst über die amerikanischen Fleischverhältnisse sich erkundigen sollen. Wozu haben wir denn unsere Consulate? Daß diese Untersuchungen nicht angestellt sind, beweise nur, daß agrarische Interessen hier in der Hauptsache mitgespielt haben. Das amerikanische Fleischschaugesetz bietet sehr wohl ausreichende Garantien gegen die Ausfuhr kranken Fleisches. Die Untersuchung erfolgt stets an dem Schlachtorte selbst, also nicht erst, wenn das Fleisch verpackt ist; nur wenn es vorerst nach einem anderen Orte des Inlandes geht, wird es in letzterem untersucht. Gesetzt aber selbst, die Bedenken gegen das amerikanische Fleisch wären wirklich gerechtfertigt, so hätte man statt des Einfuhrverbots die Vorschrift genauerer Untersuchung des eingeführten Viehes erlassen sollen. Daß die obligatorische Fleischschau in Amerika fehlt, beweist nichts. In Deutschland haben wir dieselbe ja auch erst seit kurzem zum Schutz gegen das deutsch-nationale Schwein, und trotz desselben ist z. B. in Sachsen kurz nachher eine allgemeine Trichinose ausgebrochen. Denken Sie andererseits daran, daß die deutschen Seeleute zum großen Theil während der ganzen Seereise von amerikanischem Pökelfleisch leben, ohne daß es ihnen etwas schadet. Daß die deutsche Landwirthschaft im Stande ist, den gesammten Consum zu befriedigen, gebe ich zu, aber nur, wenn eine wirklich rationelle Landwirthschaft betrieben wird, wenn alle Landwirthe in der Lage wären, alle wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften sich zu nutze zu machen. Das letztere kann aber der größte Theil der Landwirthe nicht. Wenn Sie aber für Exportprämien, für Privilegien der Branntweinsteuer schwärmen, so entziehen Sie dadurch einen großen Theil des Bodens dem Getreide. Die Schutzzollpolitik hat keine Schuld an einer Steigerung der Löhne. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter jetzt höhere Löhne bekommen; sie werden jetzt nur regelmäßiger beschäftigt. — Man wirft uns vor, wir wollten dem Volke die Religion nehmen. Wir wissen aber, daß die Religion bei einem großen Theil der herrschenden Klassen nur zur Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes benutzt wird. Sie wissen ebenso gut wie wir, daß, je mehr das Volk den Glauben an das Jenseits, den Sie uns doch nicht beweisen können, fahren läßt, es desto mehr in dem Diesseits ein besseres Dasein verlangt. Die Massen wollen eben schon auf Erden ihren verdienten Lohn erhalten. Da es also mit den angeblichen Gründen des Herrn v. Böttícher nichts ist, muß das Verbot fallen. (Beifall links.)

Staatssecr. **v. Böttícher**: Die Consularagenten sind schon lange mit der Berichterstattung beauftragt; wenn die Berichte eingehen werden, wird das Reichsamt des Innern sich damit beschäftigen. Das beweist am besten, daß wir nicht erst auf eine Aeußerung des Volksunwillens gewartet haben. Wenn in England keine Erkrankungen vorgekommen sind, so liegt das daran, daß die Engländer kein rohes Schweinefleisch essen. Eine Pflichtwidrigkeit habe ich den amerikanischen Beamten nicht vorwerfen wollen, ich habe vielmehr nur hervorgehoben, daß bei der ganzen Organisation der Fleischschau, bei der geringen Zahl der untersuchenden Beamten eine genaue Prüfung überhaupt nicht möglich ist. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.): Wenn Sie den Antrag Barth annehmen, dann ist die Wirkung, daß die Amerikaner überhaupt keine Cautelen für die Gesundheit des Fleisches schaffen. Wie es in Amerika zugeht, beweist auch das ekelhafte Material für die Kunstbutter, welches wir größtentheils aus Amerika beziehen. Die Preise des Schweinefleisches unterliegen immer sehr erheblichen Schwankungen, das ist bei dieser Frage auch nicht außer Acht zu lassen. Durch die Schutzzölle haben wir jetzt höhere Löhne (Widerspruch links), während in den Freihandelsländern Noth herrscht.

Abg. **Barth** (freis.): Die Erklärungen des Hrn. v. Marschall können uns nicht befriedigen. Unser Verlangen richtet sich auch nicht auf die Einfuhr lebenden amerikanischen Viehes, sondern wir wollen nur gesalzenen Speck und Schinken von dem Einfuhrverbot befreien. Die Gefährlichkeit dieses Artikels kann höchstens in Trichinen bestehen. Hier könnte aber eine Vorschrift, welche die obligatorische Untersuchung des bei uns eingeführten Specks und Schinkens verlangt, helfen. Die Durchführung dieser Vorschrift wäre um so leichter, als nur wenige Großhandelsfirmen die Einfuhr besorgen. Für amerikanisches Petroleum bestehen ja heute schon ähnliche Vorschriften. Unser Antrag soll also der Regierung in dieser Beziehung nur einen starken Impuls geben. Der Staatssecretär v. Böttícher hat gestern von der Art und Weise, wie die Fleischproduction und der Fleischverkehr in den Vereinigten Staaten vor sich gehe, in ziemlich absprechender Weise gesprochen. Ich habe vor einigen Jahren die betreffenden Anstalten, speciell in Chicago, selbst angesehen, und mein Urtheil stimmt mit dem aller Augenzeugen überein. In ihrem eigenen Interesse sind diese Institute darauf angewiesen, zu sorgen, daß kein schlechtes Vieh in ihre Höfe hineingetrieben und, sobald es sich darin findet, beseitigt wird. Diese Weltfirmen werden ihren Ruf nicht aufs Spiel setzen und um des Gewinnes von ein paar Dollar willen schlechtes Fleisch unterschmuggeln. Es ist unamerikanisch, mit solchen kleinlichen Mitteln zu operiren; man sollte jenen Firmen weder diese Thorheit, noch diese Schlechtigkeit zutrauen. Aus allen diesen Gründen liegt für die einzelnen Parteien und speciell für das Centrum kein Anlaß vor, sich auszuschließen, und ich hoffe, bei der namentlichen Abstimmung auch eine Anzahl von Centrumsmitgliedern unter uns zu sehen. (Beifall links.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antisem.): Der agitatorische Werth des Antrages ist für Sie (links) die Hauptsache gewesen. Der Antrag entspricht der herkömmlichen freisinnigen Schweinepolitik. (Heiterkeit.) Sie haben diese Schweinepolitik schon lange getrieben. Als Lasker im Jahre 1884 in Chicago war, hat er schon das Lob des amerikanischen Schweines gesungen; zur selben Zeit war wohl auch Herr Barth dort. (Abg. Barth: Unterrichten Sie sich besser!) Ich bin durchaus unterrichtet. Es ist ganz wunderbar, wie bei solchen Anträgen die Freisinnigen mit den Socialdemokraten zusammenstimmen. (Sehr gut! rechts.) Theoretisch liegen sie sich freilich draußen in den Haaren. Aber hier, wo es darauf ankommt, gegen den Bauer zu hetzen, sind sie geschlossen. (Sehr richtig! rechts. **Präsident**: Niemand ist berechtigt zu behaupten, daß hier im Hause jemand ist, der gegen den Bauern hetzt.) Aber außerhalb des Hauses giebt es sehr viele, und die habe ich nur gemeint. Die demokratische Presse macht ja kein Hehl daraus, daß sie als letztes Ziel die Vernichtung des Bauernstandes anstrebt. (Rufe links: wo? wo?) Ich verweise Sie auf die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und auf Aeußerungen von Engels. (Abg. Barth: Thatsachen!) Wenn auf Hrn. Virchow hingewiesen wurde, in welchem Auftrage hat denn Virchow seine Untersuchungen aufgenommen? Doch nicht im Auftrage der Regierung. Was für einen Grund haben wir, uns hier auf eine freisinnige Autorität zu verlassen, die an anderer Stelle sich schon einmal nicht bewährt hat. (Präsident **v. Levetzow**: Das gehört nicht hierher) Ich begreife freilich, warum die Herren von der linken Seite keine Furcht vor Trichinen haben. Ihre Hauptanhänger sind ja durch die Speisegesetze davor geschützt. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Windthorst** hält die Erörterungen für ganz gut, aber bleibt doch bei seinem Entschluß stehen, gegen den Antrag zu stimmen.

Abg. **Wisser** (wildlib.): Hr. v. **Kardorff** versteckt sich hinter dem Staatssecretär, um seine protectionistische Anschauung zu verhüllen. Er schickt wieder den gutmühigen Bauern vor, der schon längst zu Grunde gerichtet wäre, wenn er nicht noch lebensfähig wäre. Gerade die Ausführungen des Hrn. v. Kardorff und seines Genossen, des Hrn. Liebermann, bestimmen mich, für den Antrag Barth zu stimmen. Ich lege im Namen des deutschen Bauernstandes Protest dagegen ein, daß dem deutschen Bauerustande nur durch solche Mittel geholfen werden könne.

Damit schließt die Discussion.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Barth mit 133 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen die Socialdemokraten, die Volkspartei, die Freisinnigen, die Nationalliberalen und die Abgg. Johannsen, Thomsen, Wisser und Rösicke.

Das Kapitel „Gesundheitsamt“ und das Kapitel „Patentamt“ wird genehmigt und dann die weitere Berathung des Etats auf **Sonnabend** vertagt.

Deutschland.

* **Berlin**, 23. Januar. Die Ausarbeitung der speciellen Entwürfe und Kostenanschläge zu dem Neubau eines **Geschäftsgebäudes für beide Häuser des Landtages** wird laut „N.-Z.“ in kurzem begonnen werden, so daß dem Landtage bereits in der nächsten Tagung der gesammte Entwurf zugehen kann.

* **[Ueber die Kaiserreise nach Hannover]** erfährt man noch allerlei interessante Einzelheiten. Daß sich auf dem Eisenbahnzuge der Kaiser befand, war niemand bekannt, als dem begleitenden Adjutanten und dem Heizer des Salonwagens. In Hannover angekommen, entfernte sich der Kaiser vom Bahnhof nicht durch den gewöhnlichen Ausgang, sondern über eine Barrière. Ein Bahnbeamter rief ihn an mit dem Bemerken: „Herr Leutnant, dort ist der Uebergang verboten!“ Der Kaiser bemerkte darauf: „Ich werde es schon auf mich nehmen.“ Er eilte dann, wie bekannt, die Garnison von Hannover zu allarmiren.

* **[Der König von Sachsen]** trifft in der Nacht vom Montag zum Dienstag hier ein, um dem Kaiser persönlich seine Gratulation abzustatten.

L. **Berlin**, 23. Januar. In der heutigen Sitzung der **Budgetcommission** wurden (wie schon gemeldet) die übrigen Positionen des Kap. 24 des **Militäretats** ohne Abspruch bewilligt. Aus der Verhandlung ist noch folgendes von Interesse: Major Heede bezifferte die Manquements im Offiziercorps bei der Infanterie auf 843 oder 10 Proc., Cavallerie 57 oder 3,1 Proc., Feldartillerie 360 oder 20 Proc., Fußartillerie 54 oder 9,7 Proc., Train 56 oder 24,3 Proc. Am Etat von 15 003 Offizieren fehlen 1430 oder 9,6 Proc. Das Manquement bei den Assistenzärzten wurde auf ein Drittel des gesammten Sanitätscorps angegeben. Für die neue Organisation des Meldewesens und die Centralinstanz wird die Anstellung von 50 Bezirksoffizieren verlangt. Major Heede giebt eingehende Auskunft, legt das ganze Verfahren dar, die Nothwendigkeit desselben und die mit demselben verbundenen Erleichterungen. Auf die Anfrage des Abg. Hinze, ob festzustellen sei, daß jetzt ein Abschluß in der Steigerung der Uebungen erreicht sei, giebt Major Heede zunächst ein Bild der seit 1881 stattgehabten Etatsüberschreitungen, welche die steigende Höhe der Anforderungen beweisen. Die Grundsätze für die Einberufung seien durch die Wehrordnung von 1888 festgestellt. Das Wehrgesetz enthält das Nähere betreffs der Uebungen. Die Interessen der bürgerlichen Kreise würden so viel als möglich berücksichtigt. Wie sich die Sache in Zukunft gestalten werde, lasse sich nicht vorhersagen. Auf Anfrage des Abg. Hinze wird constatirt, daß die im vorigen Jahre im Extraordinarium zu Uebungen bewilligten 12 Millionen noch nicht verbraucht seien; es werde das aber in diesem Jahre geschehen. Nach längerer Debatte constatirt die Commission einstimmig die Nichtübertragbarkeit dieser einmalig bewilligten Summen.

* **[Der Bundesrath]** ertheilte in seiner letzten Plenarsitzung dem Antrage Sachsens betreffend die Einziehung und den Aufruf der Noten der Chemnitzer Stadtbank, dem Entwurf einer Verordnung wegen Abänderung der Verordnung über Gewährung von Tagegeldern etc. an die Beamten der Militär- und Marineverwaltung, dem Antrage Preußens betreffend die Behandlung von Naturalisationsgesuchen, dem Entwurf einer Verordnung wegen des Verbots von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen, endlich den Gesetzentwürfen für Elsaß-Lothringen über die Fischerei, Wasserbenutzung und Wasserschutz und die Kosten in Grundbuchsachen die Zustimmung. Mit dem Beitritt Belgiens, Serbiens und Griechenlands zu den auf der Berner Conferenz getroffenen Vereinbarungen über die zollsichere Einrichtung der Eisenbahnwagen im internationalen Verkehr erklärte sich die Versammlung einverstanden.

* **[Der Gesetzentwurf betreffend die Vereinigung der Insel Helgoland]** mit der preußischen Monarchie ist gestern dem Herrenhause zugegangen. Die Vorlage besteht aus 11 Paragraphen. § 1 lautet: Die Insel Helgoland nebst Zubehörungen wird in Verfolg des Reichsgesetzes vom 15. Dezbr. 1890 und in Gemäßheit des Art. 2 der Verfassungsurkunde für den preußischen Staat vom 1. April 1891 ab mit der preußischen Monarchie für immer vereinigt. Mit demselben Tage treten daselbst die preußische Verfassung, sowie die Bestimmungen der nachstehenden §§ 2 bis einschließlich 10 in Kraft. § 2 hat folgende Fassung: Das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und das Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 treten für Helgoland in Geltung. § 3: Helgoland wird in Bezug auf die staatliche Verwaltung der Provinz Schleswig-Holstein und dem Kreise Süder-Dithmarschen, sowie für die Abgeordnetenwahlen dem diesen Kreis umfassenden Wahlbezirke zugetheilt, aber mit dem Communalverbande der Provinz und des Kreises nicht vereinigt. Das in Schleswig-Holstein geltende Recht über die Veröffentlichung u. s. w. tritt in Wirksamkeit.

* **[Erhebungen über die Ferien in den Volksschulen.]** Seitens des Unterrichts-Ministeriums sind die Regierungen aufgefordert worden, über die Gesammtdauer der Ferien für die Volksschulen, sowie über die Vertheilung derselben auf die verschiedenen Zeiten (Ostern, Pfingsten, Ernte, Herbstzeit, Weihnachten) eine Anzeige zu erstatten.

Potsdam, 23. Januar. Den hiesigen städtischen Behörden ging das nachstehende **Handschreiben der Kaiserin** zu:

„Die erneute Versicherung treuer Anhänglichkeit und guter Wünsche habe ich beim Beginn des neuen Jahres von dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung der Residenzstadt Potsdam gern entgegengenommen. Es ist wahr, daß ich nur mit dem Gefühl herzlichster Dankbarkeit auf das abgelaufene Jahr zurückblicken kann, welches mich durch die Geburt des jüngsten meiner Söhne in besonderer Weise beglückte und meinen älteren Söhnen fröhliches Gedeihen brachte. Die für den Kaiser, meinen Gemahl, wie für die fernere segensreiche Entwickelung meiner Söhne ausgesprochenen Wünsche der städtischen Behörden haben mich besonders angenehm berührt. Der Stadt Potsdam, in deren Mauern ich so glückliche Jahre verlebte, wiederhole ich zugleich mit meinem Dank den Ausdruck herzlichen Wohlwollens und wärmsten Interesses. Insbesondere werde ich mich freuen, dort auch fernerweit allen Bestrebungen zur Linderung körperlicher oder geistiger Noth Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen.“

Bremen, 23. Januar. Wie aus zuverlässigster Quelle verlautet, ist die Nachricht von der **Herabsetzung des Passagepreises des Norddeutschen Lloyd** nur insofern richtig, als der Norddeutsche Lloyd, um der hamburgischen Concurrenz begegnen zu können, den Passagepreis für Zwischendeckpassagiere um 20 Mk. ermäßigt hat.

Karlsruhe, 23. Januar. Der **Großherzog** mußte wegen seines fortbestehenden katarrhalischen **Erkältungszustandes** die Absicht aufgeben, dem Kaiser zu dessen Geburtstage persönlich seine Glückwünsche darzubringen. Wenngleich das Gesammtbefinden wesentlich besser geworden ist, bedarf der Großherzog immer noch der Schonung.

Darmstadt, 23. Januar. Der **Großherzog** hat anläßlich der 100jährigen **Jubelfeier des Infanterie-Regiments Nr. 118** in Mainz einen Tagesbefehl erlassen, in welchem es am Schlusse heißt: Eingedenk der großen, glorreichen Vergangenheit des Regiments, gelobe sich am heutigen Tage Jeder, wenn der Kaiser, Unser Allergnädigster Kriegsherr, rufen sollte, es gleich zu thun den Vätern, den Helden in Spanien und an der Loire, stets vor Augen den alten hessischen Wahlspruch Eurer ruhmreichen Fahnen „Gott, Ehre, Vaterland“!

Köln, 23. Januar. Laut Erhebungen bei den hiesigen **Krankenkassen** beträgt die Zahl der **Beschäftigungslosen in Köln 13 145**. Die städtische Commission stellte fest, daß der Nothstand hierselbst nie vorher so groß gewesen, wie gegenwärtig. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß, sämmtliche Arbeitslosen gegen einen Tagelohn von 1,50 Mark zu beschäftigen.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 23. Januar. Der Fürstprimas von Ungarn, **Cardinal Simor**, ist heute früh 8 Uhr **gestorben**. Das Leichenbegängniß wird am 28. d. M. Vormittags stattfinden. Der **Kaiser** wird dabei durch den Erzherzog Friedrich vertreten sein. Ministerpräsident Szapary drückte dem Domkapitel von Gran telegraphisch sein Beileid aus. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 23. Januar. **Oberst Kuenzli**, der Commissar in Tessin, wird ermächtigt, den Canton Tessin vorübergehend zu verlassen, mit der Maßgabe, daß er dorthin zurückkehre und die Functionen als Bundescommissar wieder aufnehme, sobald die Umstände dies erfordern. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 23. Januar. Die **Zollcommission** hat den Eingangszoll auf **Cocons** und **Rohseide** im Princip abgelehnt. (W. T.)

Paris, 23. Januar. **Carnot** besuchte gestern Abend den Marsfeldpalast, wo in letzter Nacht 1928 Obdachlose Zuflucht gefunden haben. Minister Constans nahm in den späten Abendstunden die übrigen städtischen Asyle in Augenschein, die alle überfüllt waren. Die Sammlung der **Pariser Presse** ergab am ersten Tage 146 833 Frcs., Kleider und Lebensmittel ungerechnet. (Voss. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Januar. In dem **Palais des Kronprinzen** brach heute Vormittag 10 Uhr eine **Feuersbrunst** aus, die sehr rasch um sich griff und erst Mittags 12 Uhr bewältigt werden konnte. Das Arbeitszimmer der Kronprinzessin und das darin befindliche Mobiliar, unter welchem sich werthvolle Gemälde befanden, wurde gänzlich zerstört. Der König und der Prinz Waldemar waren auf der Brandstätte anwesend.

Schweden.

Stockholm, 23. Januar. Die heutigen Wahlen zu den **Ausschüssen des Reichstages** fielen in der ersten Kammer ziemlich unverändert zu Gunsten der Protectionisten aus, während in der zweiten Kammer durchgängig Freihändler gewählt wurden. (W. T.)

Griechenland.

Athen, 23. Jan. Die **Deputirtenkammer** tritt am 28. Januar wieder zusammen. (W. T.)

Coloniales.

* **[Ein Urtheil über Deutsch-Ostafrika.]** Ueber Deutsch-Ostafrika hat der Afrikareisende **Dr. Hans Meyer** in einem Vortrage in der „Geogr. Gesellschaft für Thüringen“ zu Jena ein Urtheil gefällt, das sehr kühl gehalten ist. Dr. Meyer sagte nach der „Weim. Ztg.“ u. a.: Den Ausspruch Dr. Peters', Deutsch-Ostafrika werde an Schönheit und Fruchtbarkeit von keinem anderen Tropenland übertroffen, kann ich nicht theilen. Deutsch-Ostafrika ist zum größten Theil ein unfruchtbares, unbewohnbares Land, ja auch ungesund. Selbst den Eingeborenen habe ich zur Stillung des Fiebers Chinin geben müssen. In Aequatorial-Ostafrika kann der Europäer weder dauernd leben noch temporäre Arbeit verrichten, die ihm soviel einbringt, wie in anderen Tropenländern. Die Wahrheit wäre schon längst zum Durchbruch gekommen, wenn das wahre Bild nicht von Interessenten und Enthusiasten verwischt worden wäre. Es mag dies auch mit auf den mangelhaften Kenntnissen, die man in Deutschland über afrikanische Verhältnisse hat, beruhen. Betritt man die innerafrikanischen Stationen, so weht dem Besucher überall Kirchhofsluft entgegen. Was den Handel betrifft, so haben sich geographische Gewinngrenzen herausgebildet. Bis zu einer gewissen Grenze lohnt der Export einheimischer Erzeugnisse, wird er darüber hinaus ausgedehnt, so übersteigen die Transportkosten den Werth. Wenn die in Aussicht genommenen Dampfer für die Seen dem Handel dienen sollen, so ist das ein Mißgriff, da es dort gar keine Artikel giebt, die den Transport lohnen. Wenn wir den Wein der Begeisterung mit dem Wasser der Objectivität mischen, so wird eine bessere Beurtheilung möglich sein.

Von der Marine.

* Das Kanonenboot „**Wolf**“ (Commandant Corvetten-Capitän-Lieutenant Hellhoff) ist am 22. Januar d. J. in Nagasaki eingetroffen und beabsichtigt am 31. dess. Mts nach Hongkong in See zu gehen.

Am 25. Januar: S.-A. 8.2, U. 4 24. **Danzig, 24. Jan.** Vollmond.

Wetteraussichten für Sonntag, 25. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Niederschläge, ziemlich milde, lebhafter Wind. Sturmwarnung (SW., W., NW.)

* **[Von der Weichsel.]** Im großen Marienburger und im Danziger Werder werden ebenfalls umfassende Vorsichtsmaßregeln für den Fall einer größeren Eisgangsgefahr bereits jetzt getroffen. Aber auch am oberen Stromlaufe wird eifrig gerüstet. So meldet uns heute ein Telegramm

aus **Krakau:** In der Erwartung des Thauwetters hat Rußland an den Ufern der Weichsel zwischen Korczin und Sandomierz **16 Observations- und Rettungsstationen** eingerichtet. Jede derselben erhielt zwei Militärpontons.

* **[Zur Sundpassage.]** Nach heutigen telegraphischen Meldungen haben die Danziger Dampfer „Carlos", „Desi" und „D. Siedler" auf der Fahrt nach Danzig gestern Nachmittags 3 Uhr Dragör passirt.

* **[Kaffeeschänken und Suppenküche.]** Als in der Reichstagssitzung vom 19. Januar der freiconservative Abgeordnete v. Keudell bei der Regierung anfragte, ob und welche gesetzlichen Schritte sie gegen die Trunksucht zu ergreifen beabsichtige, welcher jährlich viele Menschen zum Opfer fielen und durch welche 55 Procent aller Verbrechen und Vergehen verschuldet würden, wurde von socialdemokratischer Seite geantwortet, daß die Trunksucht auch im socialdemokratischen Lager gemißbilligt werde, daß sie aber bei der ärmsten Klasse insofern zu entschuldigen sei, als ihr der Schnaps oft dazu dienen müsse, den nagenden Hunger zu betäuben. Die Richtigkeit dieser Anschauung hat auch der deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke anerkannt, indem er die Gründung von Volks- und Kaffeeküchen empfiehlt und verlangt, daß auch in jedem Schnapslokale gesunde Kost zu den billigsten Preisen verabreicht werde. Von denselben Gesinnungen ist ebenfalls der Vorstand der Abegg'schen Stiftung zum Bau von Arbeiterwohnungen beseelt, dem — nebenbei gesagt — sein Statut gestattet, außer den in seinem Titel angegebenen auch andere gemeinnützige Zwecke zu fördern. Seine Leistungen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Trunksucht bestanden bisher vornehmlich in der Errichtung einer sich beträchtlichen Zuspruchs erfreuenden Kaffeeküche und Volksspeiseanstalt in seinem Grundstück „Halber Mond" auf der Speicherinsel, sowie in dem Bau eines gleichen Zwecken dienenden Hauses am Hafenbassin. Dieses Haus hat den bei seiner Gründung gehegten Erwartungen in vollem Maße entsprochen und ist gewissermaßen das Stammlokal für die am Hafenkanal verkehrenden Arbeiter geworden. Zu diesen beiden Volkskaffeeküchen und Speiseanstalten ist jetzt seit einiger Zeit eine dritte getreten. Bekanntlich hat die Abegg'sche Stiftung auf dem zwischen Junkergasse und Mauergang gelegenen früheren Synagogengrundstücke ein stattliches Haus erbauen lassen und dasselbe an den eines eigenen Heimes bedürftigen Armen-Unterstützungs-Verein verkauft. Einzelne Theile des Hauses vorne und hinten hat die Abegg'sche Stiftung aber wieder dem Armen-Unterstützungsverein abgemiethet, um in denselben eine Speiseanstalt für die wenig bemittelte Bevölkerung zu errichten. In dem geräumigen, hübsch ausgestatteten Lokale, zu welchem der Eingang von der Junkergasse ist, werden Kaffee und Bier und die zum Frühstück und Mittag üblichen Speisen verabfolgt. Die Portion Kaffee wird meistens zu fünf Pfennigen verabreicht, Frühstücksessen kostet 20 und 30 Pf., zu Mittag speist man für 25 und 30 Pf. Um die Bedürfnisse des ärmsten Theils unserer Mitbürger zu befriedigen, ist dann im Hinterhause mit dem Zugange von dem Mauergange eine permanente Supperanstalt eingerichtet, in welcher der Liter Suppe für zehn Pfennige verkauft wird.

Daß Einrichtungen, wie die ins Leben gerufenen, hier einem Erforderniß entsprechen, dafür spricht der zunehmende Verkehr in beiden Lokalen. Nach den uns von berufener Seite freundlichst gemachten Angaben wurden in der Kaffeeschänke Junkergasse 6 consumirt:

im Okt.	629 Port. Kaffee,	205 P. Frühstück,	690 P. Mittag,
im Nov.	919 „ „	267 „	1248 „
im Dez.	1404 „ „	300 „	1691 „

Es wird dadurch wiederum der Beweis geliefert, daß Restaurationen auch ohne Verabreichung von Schnaps und ähnlichen berauschenden Getränken zu bestehen im Stande sind, wenn das Lokal einladend, Speisen und Getränke dem Preise angemessen sind und die Bedienung gut ist. Möge der Vorgang der Abegg'schen Stiftung in anderen Gegenden der Stadt Nachahmung finden. — In der Suppenanstalt am Mauergange schwankt die Zahl der für zehn Pfennige ausgegebenen Portionen in der Zeit vom 2. Dezember v. J. bis zum 18. Januar d. J. zwischen 41 und 186. Die Einrichtung scheint in den ärmsten Volksklassen noch nicht genügend bekannt zu sein. Im ganzen wurden ca. 4800 Liter verkauft. Ungefähr 50 Portionen werden täglich an Ort und Stelle verspeist, meistens von jungen Arbeitern, Reisenden, auch Bettlern, während der Rest von Familien abgeholt wird. Der Küchenzettel weist nach: 813 Liter Sauerkohl, 1512 Liter weiße Erbsen, 768 Liter Reis, 638 Liter Bohnen, 600 Liter Graupe, 469 Liter Wrucken. Das Essen wird derart zubereitet, wie es in den früher periodisch eröffneten Suppenanstalten geschah, doch wird ein größerer Consum als der bisherige erforderlich sein, um die Kosten und den Arbeitslohn zum Vollen zu decken. Deßhalb empfiehlt es sich, daß **Bemittelte mehr als bisher Marken kaufen,** um sie ihren Hausarmen zu geben oder dem Inspector Klein vom Armen-Unterstützungs-Verein zur Verfügung zu stellen, damit letzterer die Marken an besonders bedürftige Personen, welche 10 Pf. aus eigenen Mitteln nicht erschwingen können, schenkt. Die Marken sind übrigens jeden Tag einlösbar. — Somit wird hoffentlich auch in Danzig die Zeit nicht ferne sein, wo die neulich im Reichstage vorgebrachte, Eingangs dieses Berichtes erwähnte Entschuldigung, daß der Hunger die Armen zum übermäßigen Schnapsgenuß verführe, keinen Boden mehr haben wird. Wenn der Arme für 10 Pf. einen Liter kräftige Suppe haben kann, hat er nicht nöthig, zur theureren Schnapsflasche zu greifen, um seinen Hunger zu beschwichtigen.

* **[Personalien bei der Justiz.]** Den Rechtsanwälten und Notaren Rauen in Rosenberg, Horn in Elbing, Knirim in Flatow und Rosenow in Stuhm ist der Charakter als Justizrath verliehen worden. Der Referendarius Otto Pörschke aus Neustadt ist zum Gerichtsassessor ernannt worden. Die diätarischen Bureaugehilfen Radke bei der Gefängnißverwaltung in Danzig und Hoppe bei der Staatsanwaltschaft hierselbst sind zu Gerichtssecretären, ersterer bei dem Amtsgerichte in Thorn, letzterer bei dem Amtsgerichte in Rosenberg, ernannt worden.

* **[Debatte über unsere Straßenzustände.]** Wie in dem heute Morgen veröffentlichten Bericht bereits erwähnt, fand in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung eine längere Erörterung über die durch den hohen Schneefall herbeigeführten Verkehrsschwierigkeiten statt. Hr. Kauffmann, der dieselbe durch die Interpellation veranlaßte, ob nicht auf Grund des § 5 der Bedingungen für die Errichtung der Danziger Straßeneisenbahn die Pferdebahn-Verwaltung zur Beseitigung oder Milderung einiger Uebelstände veranlaßt werden könne, welche durch das Aufthürmen von Schneewällen und die allzu reichliche Salzanwendung entstehen, bemerkte bei Begründung der Interpellation, daß er der Pferdebahn-Verwaltung durchaus nicht zu nahe treten wolle, aber die Hemmnisse für den Schlittenverkehr, namentlich den vom Lande, seien so arg, daß Abhilfe dringend erforderlich. Meistens blieben die Schlitten an den Uebergangsstellen auf den Schienen festsitzen, und dann komme auch der Pferdebahnbetrieb für längere Zeit ins Stocken. Die Pferdebahnkutscher müßten ausspannen und zunächst die Schlitten abschleppen helfen. Die Schneeanhäufungen auf dem Lenzplatz erscheinen dem Redner aus sanitären Rücksichten bedenklich und er meint, daß auch hiergegen auf Grund des § 9 eingeschritten werden könne. — Hr. Dr. Baumbach weist darauf hin, daß der § 5 der Bedingungen nur von den Anlagen, nicht vom Betriebe spreche, also im vorliegenden Falle, wo es sich doch um das Betriebswesen handle, keine Handhabe biete. Nach § 9 sei die Gesellschaft zur Wegräumung von Schnee, Eis etc. von ihren Geleisen verpflichtet. Dieser Verpflichtung sei sie, so weit Redner bisher beobachten konnte, energisch nachgekommen, ihre Leistungen in dieser Beziehung hätten ihm (dem Redner) sogar einigermaßen imponirt. Er möchte die Schwierigkeiten, welche sie zu überwinden habe, nicht vermehren. § 9 könne aber auch schon deshalb nicht in Frage kommen, weil er die Schneefortäumung verlange, während man Hindernisse beklage, welche durch die Freilegung der Geleise entstehen. Erwägungen, ob und wie den Uebelständen abzuhelfen, könnten ja angestellt werden, er meine aber, es müsse auch der Frage näher getreten werden, ob das System unserer Straßenreinigung noch zeitgemäß und ob nicht vielleicht in der einen oder anderen Weise eine systematische Aenderung herbeizuführen sei. — Nachdem die Besprechung der Interpellation beschlossen worden, hebt Herr Kauffmann zunächst hervor, daß nach seiner Meinung übermäßig viel Salz verwendet werde. — Herr Goldmann begrüßt die Erörterung über die Angelegenheit mit Freude. Unsere Straßenzustände seien nicht nur nicht zeitgemäß, sondern nach starkem Schneefall geradezu antidiluvianisch. Redner ist zweifelhaft, ob unsere Straßenpolizeiordnung überhaupt rechtsverbindlich sei, er will diese Frage jedoch nicht erörtern, weil er das ganze System für verfehlt, das Princip der Verpflichtung des Hausbesitzers für die Reinhaltung der dem allgemeinen Verkehr dienenden Straße nicht für richtig halte. Das ganze System müsse geändert werden, darin stimme er Hrn. Dr. Baumbach entschieden bei. — Stadtv. Klein bemerkt zu der „Salzfrage", daß er bei den Verhandlungen über die Einrichtung der Stadtlinien der Pferdebahn den Antrag gestellt habe, die Anwendung von Salz auszuschließen. Im Einverständniß mit den übrigen Mitgliedern der damals eingesetzten Commission habe er den Antrag aber fallen lassen müssen, weil nach den Erklärungen der Unternehmer das Salzstreuen conditio sine qua non war. Dieselben betonten damals, wenn ihnen die Anwendung von Salz verboten würde, müßten sie auf die Erbauung der Linien verzichten, denn ohne Salz lasse sich im Winter der Betrieb nicht aufrecht erhalten. Die damalige Commission der Stadtverordneten-Versammlung und schließlich auch diese selbst habe geglaubt, ein so wichtiges Verkehrsmittel wie die Pferdebahn-Verbindung an dem Uebelstande des Salzstreuens nicht scheitern lassen zu dürfen. Zweifellos sei das reichliche Salzstreuen ein großer Uebelstand, er glaube aber, die Pferdebahn-Verwaltung werde schon aus Rücksicht auf ihre Kasse nicht mehr Salz verwenden, als nothwendig sei. Den Wunsch einer systematischen Aenderung unserer Straßenreinigung und Schneeabfuhr theile er mit Hrn. Goldmann. Der Magistrat habe eine solche auch schon vor beinahe 30 Jahren beabsichtigt, aber an dem Widerstande der Stadtverordneten-Versammlung gescheitert. — Hr. Davidsohn hebt hervor, daß der Director der Pferdebahn Hr. Kupferschmidt ein sehr entgegenkommender Mann sei, der gern sein Mögliches thun werde, Uebelständen abzuhelfen. Man möge vertrauensvoll mit ihm verhandeln, dadurch würden sich am ehesten Verbesserungen erreichen lassen. — Hr. Dr. Dasse schildert die Hemmnisse, mit denen jetzt der ganze städtische Fuhrwerks-Verkehr zu kämpfen habe. Hr. Kauffmann habe nichts übertrieben, er würde die Sache noch viel greller beleuchten können. Salz sei ein sehr billiger Artikel und es garnicht so undenkbar, daß davon auch über das Maß des nothwendigen Bedarfs hinaus verwendet werde. Der Schnee werde dadurch selbst in weiterer Nachbarschaft in eine sandartige Beschaffenheit verwandelt und erschwere die Passage. In den Hauptstraßen werde nun noch die Schneelage auch neben der Pferdebahn fortgeräumt, so daß das nackte Steinpflaster zum Vorschein komme. Das Gleiche geschehe auf Verlangen der Polizei auch in anderen Straßen. Er halte dies Verfahren für sehr unzweckmäßig und bitte, auf Abhilfe hinzuwirken. — Hr. Simson hebt hervor, daß die Pferdebahn vom Hohenthor bis Niederstadt 11 größere Straßenübergänge durchschneide. Wie solle da eine den Schlittenverkehr erleichternde Schneelage erhalten werden? Der Lenzplatz sei Eigenthum der Pferdebahn-Gesellschaft. Er sehe keine große Gefahr darin, wenn sie dort größere Schneemengen von ihren Geleisen vorläufig auffülle. — Hr. Damme meint, alle Vorschläge hörten sich recht schön an, aber es sei nicht viel davon zu erwarten. Auch in der besten dieser Welten sei Vieles mangelhaft. Glücklicherweise sei ja ein so harter Winter wie diesmal ziemlich selten. Uebelstände solch elementarer und allgemeiner Art müßten aber ertragen werden. Redner warnt vor einem gewissen Steuer-Enthusiasmus. Die Commune könne nicht alles machen. Als vor ca. 27 Jahren der Magistrat die gesammte Straßenreinigung in die Hand nehmen wollte, habe der Stadtv J. C. Krüger, der ein ausgezeichneter Vertreter des Handwerker- und Kleinbürgerstandes war, gerade im Interesse der ärmeren Leute sich sehr entschieden dagegen ausgesprochen. — Hr. Gibsone regt an, ob bei hohem Schneefall sich der Pferdebahnbetrieb nicht vielleicht wie in Hamburg per Schlitten ermöglichen lasse. — Hr. Berenz meint, das würde eine Beförderung sein, für welche man doch danken müsse. Er würde dann vorziehen, seine Wege zu Fuß zu machen. Redner bezweifelt ebenfalls, daß die Stadt in der Lage sein würde, es besser zu machen, wie jetzt die Hausbesitzer. Er sei 1888 während der hohen Schneefälle in Berlin und jetzt in Bromberg gewesen und er könne versichern, er habe dort die Zustände noch viel schlechter gefunden als hier. Redner hält die vollständige Forträumung des Schnees von den Straßen, wie es hier und da wohl polizeilich angeordnet worden sei, ebenfalls für einen Uebelstand, welcher der Abhilfe bedürfe. Salz könne die Pferdebahn nicht entbehren, weil auch bei ganz dünner Lage der Schnee unter den Rädern sich aufrolle und so die Wagen aus dem Geleise bringe. — Nachdem der Vorsitzende noch die Nothwendigkeit der Salzanwendung schon beim leichtesten Frost nach seiner Rücksprache mit Hrn. Kupferschmidt bestätigt und auf die Unmöglichkeit eines Schlittenverkehrs auf den Pferdebahnlinien hingewiesen, richtet Herr Dr. Dasse an den Magistrat die Bitte, darauf hinzuwirken, daß die Straßen nicht vorzeitig von Schnee entblößt werden und dieser auch seitwärts von den Pferdebahngeleisen liegen bleibe. Auf eine Beschlußfassung in der Sache wurde verzichtet.

* **[Strafkammer.]** Vor der Strafkammer stand heute der schon vielfach vorbestrafte Colporteur Heinrich Glöckner, der beschuldigt wird, in den Monaten Oktober und November v. J. in 58 Fällen Betrügereien verübt zu haben. Der Angeklagte hatte im Landkreise Danzig ein Werk: „Das christliche Kirchenjahr", welches bei einer Königsberger Firma erschienen sein sollte, zum Verkaufe angeboten und sich hierbei bald als Bevollmächtigter der Verlagsbuchhandlung ausgegeben, bald eine (wie er heute zugab) gefälschte Empfehlung des Herrn Consistorialrath Franck vorgewiesen. Es war dem Angeklagten auch gelungen, in vielen Fällen Subscribenten zu gewinnen, welche ihm Beträge von 1—6 Mk. zahlten, und er hatte dann die eingenommenen Gelder zum eigenen Gebrauche verwendet. …ckner, der heute ein umfassendes Geständniß ablegte, wurde zu 3 Jahren Zuchthaus und 600 Mk. Geldstrafe eventuell 40 Tagen Zuchthaus verurtheilt.

* Der königl. Seminar-Director Herr Dr. Wende in Graudenz ist zum Regierungs- und Schulrath bei der Regierung in Oppeln ernannt worden.

-p- **Dt. Krone,** 23. Jan. Zur Linderung **der Noth der armen Bevölkerung** hierselbst hat ein hiesiger Herr heute 50 Mk. dem Magistrat überwiesen. Er hat, wie er sich ausdrückte, an mehreren Vergnügungen nicht Theil genommen und beabsichtigt auch, an einem bevorstehenden Festessen nicht Theil zu nehmen. Die dadurch bewirkte Ersparniß will er den Armen zu Gute kommen lassen. Das gute Beispiel verdient wohl Nachahmung.

Vermischte Nachrichten.

Essen a. d. Ruhr, 23. Januar. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg." meldet, fand heute Nachmittag 2½ Uhr auf der 8. Sohle der Zeche „Hibernia" bei Gelsenkirchen eine **Entzündung schlagender Wetter** statt. Bis heute Abend 6½ Uhr wurden 8 Todte und 28 Verwundete gezählt. Auf der Sohle waren ungefähr 100 Bergleute beschäftigt.

Gelsenkirchen, 24. Januar. (W. T.) Auf der Zeche „Hibernia" sind bisher 43 Todte und 35 Verwundete zu Tage gefördert. Das Rettungswerk ist noch nicht beendet.

Winterwetter und Verkehr.

Hamburg, 23. Jan. Die „Börsenhalle" meldet, bei gelindem Froste sei der Verkehr wegen des Eises noch sehr behindert, doch verlaute weniger von stattgehabten Unglücksfällen. Das Barometer steigt.

Wien, 23. Januar. Die sämmtlichen Strecken der österreichischen Nordwestbahn und der süd-norddeutschen Verbindungsbahn sind wieder in regelmäßigem Betrieb.

Sofia, 23. Januar. Hier herrscht anhaltender, reichlicher Schneefall. Der Courierzug vom Westen ist nicht eingetroffen.

Rom, 23. Jan. In Folge von Schneeverwehungen ist der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Rom-Neapel unterbrochen.

Schiffs-Nachrichten.

* **Danzig,** 24. Januar. Die Danziger Bark **„Simon"** (Capt. Belitz) ist gestern in Fernandina (Florida) angekommen.

Warnemünde, 23. Januar. (Tel.) Der Dampfer **„Goetheborg"**, welcher gestern Nachmittag aus dem Eise losgekommen war und freies Wasser gewonnen hatte, ist heute Nachmittag 1¼ Uhr in dem hiesigen Hafen eingetroffen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. Jan. (Privattelegramm.) **Abgeordnetenhaus.** Der Reichskanzler v. Caprivi motivirte das **Sperrgesetz.** Die Bischöfe seien im November wegen des Schulgesetzes und des Sperrgesetzes vorstellig geworden. Ihre Wünsche bei dem ersteren waren nicht zu erfüllen, bei dem zweiten stand das Staatsinteresse nicht entgegen. Wahrscheinlich wird der größte Theil des Kapitals an die Geschädigten kommen und für andere Zwecke wenig übrig bleiben. Von einem Handelsgeschäft mit dem Centrum sei gar keine Rede. Die Vorlage wegen der **Stolgebühren in der evangelischen Kirche** könne leider noch nicht in dieser Session eingebracht werden, da zunächst die Generalsynode deswegen berufen werden müsse.

Berlin, 24. Januar. (Privattelegramm.) Eine **Danziger Zuschrift** in der „Nationalzeitung" erklärt, zwischen dem 1. Juli und 1. August liege die einzig richtige Zeit für die Herabsetzung der **Getreidezölle,** weil dann die Getreidebestände und die geschäftlichen Engagements am kleinsten seien. Der Tag des Ablaufs der Handelsverträge, 1. Februar 1892, würde für Landwirthe, Kaufleute, Bäcker und Müller viele Unzuträglichkeiten bringen. Niemand würde sich über den 1. Februar hinaus versorgen wollen.

Berlin, 24. Januar. (Privattelegramm.) Die Staatsregierung nahm neuerdings den Grundsatz an, die im Inland arbeitenden oder neu zur Concession gelangenden Versicherungsgesellschaften anzuhalten, mindestens den Betrag der Prämien- und Schadenreserve in deutschen Staatspapieren anzulegen und alljährlich nachzuweisen, daß dies geschehen ist.

Berlin, 24. Jan. (Privattelegramm.) Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 183. preuß. Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 30 000 Mk. auf Nr. 24 119.

5 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 760 71 172 144 470 152 895 176 416.

33 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 4577 6872 12 145 13 388 14 890 16 491 19 749 24 038 24 460 28 468 30 100 36 262 40 645 46 015 49 483 52 245 54 302 62 596 64 904 65 108 68 324 72 879 99 623 107 853 127 238 133 714 154 525 156 125 159 925 169 038 179 580 179 546 179 868.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 24. Januar.

Weizen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr.

feinglasig u. weiß	126—136 ℔	153—194 M Br.	
hochbunt	126—134 ℔	152—194 M Br.	
hellbunt	126—134 ℔	147—190 M Br.	136-190 M bez.
bunt	126—132 ℔	147—188 M Br.	
roth	126—134 ℔	138—189 M Br.	
ordinär	120—130 ℔	135—183 M Br.	

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 126 ℔ 146 M, zum freien Verkehr 128 ℔ 187 M

Auf Lieferung 126 ℔ bunt per April-Mai transit 146½ M Br., 146 M Gd., per Mai-Juni transit 147½ M Br., 147 M Gd., per Juni-Juli transit 148 M Br., 147½ M Gd., per Septbr.-Okt. transit 144 Br., 143 M Gd.

Roggen loco höher, per Tonne von 1000 Kgr. grobkörnig per 120 ℔ inländisch 158—162 M feinkörnig per 120 ℔ 112—113 M

Regulirungspreis 120 ℔ lieferbar inländisch 162 M, unterpoln. 114 M, transit 113 M

Auf Lieferung per April-Mai inländ. 164½ M Br., 163½ M Gd., transit 117½ M Br., 117 M Gd., per Mai-Juni inländ. 163½ M Br., 162½ M Gd., transit 117 M Br., 116½ M Gd.

Gerste per Tonne von 1000 Kgr. große 111 ℔ 147 M, kleine 109—110 ℔ 130 M

Mais per Tonne von 1000 Kilogr. transit 91 M

Rübsen per Tonne von 1000 Kgr. russ. Sommer- 161 M

Kleesaat per 100 Kilogr. weiß 110 M, roth 87—90 M

Kleie per 50 Kilogramm (zum See-Export) Weizen- 3,90—4,50 M bez.

Spiritus per 10 000 % Liter contingentirt loco 66¼ M Gd, kurze Lieferung 66¼ M Gd., per Januar-Mai 66¼ M Gd., nicht contingentirt loco 46¾ M Gd., kurze Lieferung 46¾ M Gd., per Januar-Mai 46¾ M Gd.

Rohzucker fest, Schluß ruhiger. Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,30—12,45 M bez. je nach Qualität, Rendement 75° Transitpreis franco Neufahrwasser 9,95—10,25 M bez. nach Qualität, per 50 Kgr. incl. Sack.

Petroleum per 50 Kilogr. loco ab Neufahrwasser verzollt, bei kleineren Quantitäten 12,30 M bez.

Frachtabschlüsse vom 17. bis 24. Januar 1891.

Für Dampfer von Danzig. Für Getreide nach Kopenhagen 20 M per Last, nach Antwerpen 2 s. per Quarter, nach Rotterdam 2 s. per Quarter; für Zucker: nach Hull 9 s. per Tonne, nach Leith (Granulated) 10 s. per Tonne, nach London (Granulated) 10 s. 6 d. per Tonne; für Kleie: nach Aarhus 60 Pf. per Ctr., nach Frederikshavn 62½ Pf. per Ctr.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 24. Januar.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Frost mit Schneefall. Wind: S.

Weizen. Inländischer fest, Transit unverändert. Bezahlt wurde für inländ. bunt 118 ℔ 176 M, 121 ℔ 181 M, hellbunt 122 ℔ 182 M, weiß 125/6 ℔ 185 M, 127 ℔ 187 M, 128 ℔ 188 M, 131 und 131/2 ℔ 190 M, roth 124 ℔ 183 M, 128 ℔ 185 M, Sommer- 130 ℔ 187 M, für poln. zum Transit gutbunt 122/3 ℔ 143 M, 128/9 ℔ 148 M, glasig etwas krank 125 ℔ 145 M, glasig 130 ℔ 152 M, fein glasig 127 ℔ 149 M, hellbunt besetzt 120/1 ℔ 138 M, hellbunt etwas besetzt 125/6 ℔ 145 M, 127 ℔ und 127/8 ℔ 148 M, hellbunt feucht 118 ℔ 136 M, 122/3 ℔ 141 M, hellbunt 124/5 ℔ 146 M, 124/5 ℔, 125/6 ℔ u. 126 ℔ 147 M, 129 ℔ 152 M, weiß leicht bezogen krank 123/4 ℔ 145 M, weiß 122 ℔ 150 M, 130 ℔ 158 M, hochbunt 129 ℔ u. 130/1 ℔ 155 M, für russischen zum Transit roth 123/4 ℔ 136 M per Tonne. Termine: April-Mai transit 146½ M Br., 146 M Gd., Mai-Juni transit 147½ M Br., 147 M Gd., Juni-Juli transit 148 M Br., 147½ M Gd., September-Oktober 144 M Br., 143 M Gd. Regulirungspreis zum freien Verkehr 187 M, transit 146 M

Roggen in fester Tendenz und theilweise theurer. Bezahlt ist inländ. 125/6 ℔ 162 M, 118/9 ℔ 160 M, 115 ℔ 158 M, russischer zum Transit 123 ℔ 112 M, 115 ℔, 126 ℔ 113 M Alles per 120 ℔ per Tonne. Termine: April-Mai inländ. 164½ M Br., 163½ M Gd., transit 117½ M Br., 117 M Gd., Mai-Juni inländ. 163½ M Br., 162½ M Gd., transit 117 M Br., 116½ M Gd. Regulirungspreis inländischer 162 M, unterpolnischer 114 M, transit 113 M

Gerste ist gehandelt inländische große 111 ℔ 147 M, kleine 109/10 ℔ 130 M per Tonne. — **Erbsen** polnische zum Transit Koch- 108 M per Tonne bezahlt. — **Pferdebohnen** inländische 123 M, polnische zum Transit nicht hart 110 M per Tonne gehandelt. — **Mais** russ. zum Transit 91 M per Tonne bez. — **Rübsen** russ. zum Transit Sommer- 161 M per Tonne gehandelt. — **Rettigsaat** russ. zum Transit 156 M per Tonne bez. — **Kleesaaten** weiß 55 M, roth 43, 45 M per 50 Kilo gehandelt. — **Rübkuchen** polnische 4,25, 5,20 M per 50 Kilo bezahlt. — **Weizenkleie** zum See-Export grobe 4,40, extra grobe 4,50, mittel 4,27½, feine 3,90, 3,95, 3,97½, 4,02½ M per 50 Kilo gehandelt. — **Spiritus** contingentirter loco 66¼ M Gd., kurze Lieferung 66¼ M Gd., per Januar-Mai 66¼ M Gd., nicht contingentirter loco 46¾ M Gd., kurze Lieferung 46¾ M Gd., per Jan.-Mai 46¾ M Gd.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 24. Januar.

		Crs.v.23.			Crs.v.23.
Weizen, gelb			Ung. 4% Gdr.	92.60	92,70
Januar	—	—	2. Orient.-A.	77,40	76,60
April-Mai	196,70	197,00	4% russ. A. 80	97,70	97,80
Roggen			Lombarden	58,20	58,00
Januar	178,00	178,70	Franzosen ..	109,10	109,10
April-Mai	172,50	173,50	Cred.-Actien	175,70	175,50
Petroleum			Disc.-Com. .	217,40	217,00
per 200 ℔			Deutsche Bk.	163,40	163,20
loco	24,00	24,00	Laurahütte .	138,60	138,25
Rüböl			Oestr. Noten	—	178,00
Januar	58,60	58,50	Russ. Noten	—	236,45
April-Mai	58,20	58,30	Warsch. kurz	—	235,75
Spiritus			London kurz	20,33	20,325
Jan.-Febr.	48,50	48,80	London lang	20,235	20,225
April-Mai	48,70	49,00	Russische 5%		
4% Reichs-A.	106,70	106,80	SW.-B. g. A.	84,75	84,20
3½% do.	98,40	98,40	Danz. Priv.-		
3% do.	86,50	86,60	Bank	—	—
4% Consols	106,10	106,10	D. Oelmühle	136.00	136,00
3½% do.	98,50	98,50	do. Prior.	123,50	123,00
3% do.	86,70	86,70	Mlaw. S.-P.	109,50	109,25
3½% w. pr.			do. S.-A.	62,20	62,00
Pfandbr. .	96,75	96,70	Ostpr. Südb.		
do. neue ..	96,75	96,70	Stamm.-A.	87,50	87,25
3% ital. g. Pr.	57,60	57,60	Danz. S.-A.	—	—
4% rm. G.-R.	86,30	86,40	Trk. 5% A.-A	89,40	89,40
5% Anat. Ob.	88,10	88,10			

Fondsbörse: fest.

Productenmärkte.

Magdeburg, 23. Jan. Zuckerbericht. Kornzucker excl. von 92 % 17,45, Kornzucker excl., 88 % Rendement 16,50. Nachproducte excl. 75 % Rendem. 13,95. Fest. Brodraffinade I. 27,50. Brodraffinade II. 27,25. Gem. Raffinade mit Faß 27,75. Gem. Melis I. mit Faß 25,50. Ruhig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg, per Januar 12,80 bez., 12,82½ Br., per Febr. 12,77½ bez., 12,80 Br., per März 12,87½ bez. u. Br., per April 12,90 Gd., 12,95 Br. Stetig. — Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 369 000 Ctr.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 23. Januar. Wind: WSW.

Angekommen: Jupiter, Lierau, Leith, Kohlen.

Gesegelt: Livonia (SD.), Rätzke, Landskrona, Oelkuchen, Kleie.

24. Januar. Wind: SzO.

Gesegelt: Baron Stjernblad (SD.), Kihl, Passages via Stettin, Sprit.

Nichts in Sicht.

Meteorologische Depesche vom 24. Januar.

Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Bar. Mil.	Wind.		Wetter.	Tem. Cels.	
Mullaghmore. ..	744	WSW	3	wolkig	5	
Aberdeen	741	WSW	3	bedeckt	3	
Christiansund ...	741	OSO	7	bedeckt	2	
Kopenhagen	750	S	3	Schnee	—1	
Stockholm.	758	SO	2	heiter	—2	
Haparanda	765	SO	4	bedeckt	—15	
Petersburg	769	SO	2	wolkig	—14	
Moskau	770	O	2	wolkenlos	—22	
Cork, Queenstown	749	SW	5	bedeckt	8	
Cherbourg.....	755	S	7	Regen	9	
Helder	751	SW	2	Regen	2	
Sylt	748	WSW	3	Nebel	0	
Hamburg	752	WSW	1	Nebel	2	1)
Swinemünde ...	752	SSO	5	Schnee	—3	
Neufahrwasser ..	760	S	1	bedeckt	—7	
Memel	764	SO	3	Nebel	—7	
Paris........	761	SSW	4	bedeckt	6	
Münster	754	SW	6	Regen	4	
Karlsruhe	762	SW	7	bedeckt	6	
Wiesbaden	760	SW	4	bedeckt	5	
München	763	SW	4	bedeckt	2	
Chemnitz......	758	SW	4	Regen	3	
Berlin	754	WSW	4	Regen	2	
Wien	766	still	—	Nebel	—9	
Breslau	760	SO	3	Schnee	—6	
Ile d'Aix	765	SW	4	bedeckt	8	
Nizza	768	ONO	4	wolkig	4	
Triest........	769	O	1	wolkenlos	—1	

1) Nachts Regen.

Uebersicht der Witterung.

Das barometrische Minimum im Nordwesten hat seinen Ort wenig verändert und entsendet einen Ausläufer südostwärts nach Böhmen hin. Ueber Westeuropa wehen lebhafte, stellenweise stürmische südwestliche Winde, unter deren Einfluß die Temperatur erheblich gestiegen ist. In der ganzen Westhälfte Deutschlands, bis über Berlin hinaus herrscht Thauwetter, welches sich rasch auch über Ostdeutschland ausbreiten dürfte. Karlsruhe meldet Plus 6 Grad, dagegen in Rußland herrscht noch strenge Kälte. In Archangel ꝛc. liegt die Temperatur noch 27, in Petersburg 14, in Moskau 22 Grad unter Null. In Deutschland ist das Wetter trübe, auf der Westhälfte fällt Regen, auf der Osthälfte Schnee.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stde.	Barom.-Stand mm	Thermom. Celsius.	Wind und Wetter.
23	4	760,2	— 6,5	WSW. leicht, klar.
24	8	759,3	— 6,5	WSW. leicht, leicht bezogen.
24	12	756,6	— 3,0	WSW. mäß., bed., Schneef.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kasemann, sämmtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 23. Januar.

Die festere Haltung, welche auf Grund der Herabsetzung des Disconts seitens der Bank von England von 4 auf 3½ % in der gestrigen zweiten Börsenhälfte hier zu Tage getreten war, hatte im Abendverkehr der auswärtigen Plätze nicht die erhoffte Nachahmung gefunden, wie die von denselben vorliegenden Meldungen ersehen ließen, die fast durchweg ruhiger und theilweise sogar schwächer lauteten. Da auch die heutigen Wiener ꝛc. Berichte keine Anregung boten, vielmehr andauernd lustlose Stimmung in die Erscheinung brachten, überdies von Unruhen in Mexiko verlautete und auch die chilenischen Verhältnisse zu Besorgnissen Anlaß zu geben schienen, so eröffnete unsere Börse in einer keineswegs freundlichen Disposition. Die Haltung war lustlos und die Notirungen neigten in ihrer Mehrheit zu Gunsten der Käufer, die aber, soweit solche überhaupt vorhanden waren, keineswegs zu nennenswerthen Abschlüssen sich herbeiließen, so daß die geschäftlichen Transactionen über die engsten Grenzen nicht hinausgingen. Von Einzelheiten ist kaum etwas zu berichten, da die geschilderte Haltung ziemlich alle Gebiete gleichmäßig umfaßte. Bankactien lagen besonders in ihren speculativen Titres etwas matter, ohne stärker angeboten zu werden. Inländische Eisenbahnactien sehr still und meist unwesentlich niedriger, ausländische Bahnen theilweise etwas reger beachtet und fester tendenzirt. Montanwerthe waren fast vollständig geschäftslos. Andere Industriepapiere gleichfalls wenig beachtet. Fremde Renten still und etwas williger. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe, Eisenbahnobligationen ꝛc. ruhig und wenig verändert. Privatdiscont 2¾ %.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,80
do. do.	3½	98,40
do. do.	3	86,60
Konsolidirte Anleihe ..	4	106,10
do. do. ...	3½	98,50
do. do. ...	3	86,75
Staats-Schuldscheine ..	3½	99,70
Ostpreuß. Prov.-Oblig. .	3½	95,30
Westpr. Prov.-Oblig. . .	3½	95,80
Landsch. Centr.-Pfdbr. .	4	103,75
Ostpreuß. Pfandbriefe .	3½	96,70
Pommersche Pfandbr. .	3½	97,50
do. do. .	4	—
Posensche neue Pfdbr. .	4	101,60
do. do. .	3½	96,70
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	96,70
do. neue Pfandbr.	3½	96,70
Pomm. Rentenbriefe . .	4	102,75
Posensche do. . .	4	102,75
Preußische do. . .	4	102,75

Ausländische Fonds.

Oesterr. Goldrente . . .	4	96,60
Oesterr. Papier-Rente .	5	91,50
do. do. .	4⅕	81,20
do. Silber-Rente .	4⅕	81,25
Ungar. Eisenb.-Anleihe .	4½	102,00
do. Papier-Rente . .	5	89,80
do. Gold-Rente . . .	4	92,70
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4½	101,90
do. do. do. 1880	4	97,80
do. Rente 1883	6	106,90
do. Rente 1884	5	106,50
Russ. Anleihe von 1889	4	—
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	76,60
do. 3. Orient-Anleihe	5	77,50
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	78,60
Russ.-Poln. Schatz-Obl. .	4	94,50
Poln. Liquidat.-Pfdbr. .	4	69,50
Poln. Pfandbriefe	5	72,60
Italienische Rente	5	92,80
Rumänische Anleihe. . .	6	—
do. fundirte Anl.	5	101,60
do. amort. do.	5	100,10
do. 4% Rente . .	4	86,40
Türk. Admin.-Anleihe .	5	89,40
Türk. conv. 1% Anl. La. D.	1	18,75
Serbische Gold-Pfdbr. .	5	95,30
do. Rente	5	89,20
do. neue Rente . .	5	90,10

Hypotheken-Pfandbriefe.

Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do. do. do.	3½	—
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr. .	4	100,60
Hamb. Hypoth.-Pfdbr. .	4	100,75
Meininger Hyp.-Pfdbr. .	4	100,80
Nordd. Grd.-Cd.-Pfdbr.	4	100,75
Pomm. Hypoth.-Pfdbr. neue gar.	4	—
alte do. do.	4	—
do. do. do.	3½	93,90
III., IV. Em.	4	100,50
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4½	114,50
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101,80
do. do. do.	3½	94,80
do. do. do.	4	102,60
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	100,70
Pr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4½	—
do. do. do.	4	100,70
do. do. do.	3½	94,00
Stettiner Nat.-Hypoth. .	5	—
do. do.	4½	104,60
do. do.	4	99,00
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	109,90
Russ. Central- do.	5	94,30

Lotterie-Anleihen.

Bad. Prämien-Anl. 1867	4	139,90
Baier. Prämien-Anleihe	4	141,00
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	105,90
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	112,00
Hamburg. 50thlr.-Loose	3	139,25
Köln-Mind. Pr.-S. . . .	3½	137,20
Lübecker Präm.-Anleihe	3½	132,10
Oesterr. Loose 1854 . . .	4	120,80
do. Cred.-L. v. 1858	—	329,00
do. Loose von 1860	5	127,80
do. do. 1864	—	323,90
Oldenburger Loose . . .	5	129,00
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	171,00
Raab-Graz 100T.-Loose	4	105,20
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5	172,80
do. do. von 1866	5	164,50
Ung. Loose	—	256,50

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

	Div. 1889	
Aachen-Mastricht	2⅝	71,40
Mainz-Ludwigshafen . .	4⅔	118,90
Marienb.-Mlawk. St.-A.	⅓	62,00
do. do. St.-Pr.	5	109,25
Ostpreuß. Südbahn . . .	3	87,25
do. St.-Pr.	5	114,50
Saal-Bahn St.-A. . . .	⅓	40,40
do. St.-Pr. . . .	5	108,90
Stargard-Posen	4½	102,60
Weimar-Gera gar. . . .	—	24,10
do. St.-Pr.	—	98,70
Galizier	4	—
Gotthardbahn	7⅕	—

† Zinsen vom Staate gar. Div. 1889.

†Kronpr.-Rud.-Bahn .	4¾	92,25
Lüttich-Limburg	—	27,40
Oesterr. Franz.-St. . . .	2,70	109,00
† do. Nordwestbahn.	4¾	95,50
do. Lit. B.	5½	102,25
†Reichenb.-Pardub. . .	3,81	79,25
†Russ. Staatsbahnen. .	6,56	129,75
Russ. Südwestbahn . . .	—	84,20
Schweiz. Unionb.	5	—
do. Westb.	—	—
Südösterr. Lombard . .	1⅗	58,00
Warschau-Wien	15	230,75

Ausländische Prioritäten.

Gotthard-Bahn	5	102,10
†Italien. 3% gar. E.-Pr.	3	57,60
†Kasch.-Oderb. Gold-Pr.	4	98,40
†Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	85,20
†Oesterr.-Fr.-Staatsb. .	3	85,10
†Oesterr. Nordwestbahn	5	94,60
do. Elbthalb. . . .	5	93,75
†Südösterr. B. Lomb. .	3	68,00
† do. 5% Oblig.	5	104,90
†Ungar. Nordostbahn . .	5	90,00
† do. do. Gold-Pr.	5	101,75
Anatol. Bahnen	5	88,10
Brest-Grajewo	5	99,50
†Kursk-Charkow	4	94,10
†Kursk-Kiew	4	94,30
†Mosko-Rjäsan	4	96,00
†Mosko-Smolensk . . .	5	100,80
Rybinsk-Bologoye . . .	5	97,50
†Rjäsan-Koslow	4	94,10
†Warschau-Terespol . .	5	102,00
Oregon Railw. Nav. Bds.	5	95,75
Northern-Pacif.-Eis. III.	6	107,40
do. do.	5	88,50

Bank- und Industrie-Actien. 1889.

Berliner Kassen-Verein	138,25	6
Berliner Handelsges. . .	161,75	12
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
Bremer Bank	113,60	4¼
Bresl. Discontbank . . .	106,25	7
Danziger Privatbank . .	—	8¼
Darmstädter Bank . . .	—	10½
Deutsche Genossensch.-B.	127,00	8
do. Bank	163,25	10
do. Effecten u. W. .	—	11
do. Reichsbank . . .	141,00	7
do. Hypoth.-Bank .	111,00	6¼
Disconto-Command. . .	217,00	14
Gothaer Grundcr.-Bk. .	87,60	—
Hamb. Commerz.-Bank	123,25	7½
Hannöversche Bank . . .	114,50	5
Königsb. Vereins-Bank	101,00	6
Lübecker Comm.-Bank .	—	7
Magdbg. Privat-Bank .	112,10	5⅔
Meininger Hypoth.-B. .	103,75	5
Norddeutsche Bank . . .	157,80	12
Oesterr. Credit-Anstalt .	—	10⅝
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—
do. do. conv. neue . .	104,50	—
Posener Provinz.-Bank .	—	6
Preuß. Boden-Credit . .	122,10	6½
Pr. Centr.-Boden-Cred.	155,50	10
Schaffhaus. Bankverein	115,00	5
Schlesischer Bankverein	122,70	8
Südd. Bod.-Credit-Bk. .	157,10	6½
Danziger Oelmühle . . .	136,00	5
do. Prioritäts-Act. .	123,00	5
Neufeldt-Metallwaaren .	108,75	8
Actien der Colonia . . .	—	66⅔
Leipziger Feuer-Versich.	—	60
Bauverein Passage . . .	70,00	5½
Deutsche Baugesellschaft .	87,50	3⅓
A. B. Omnibusgesellsch.	218,00	10½
Gr. Berl. Pferdebahn .	249,25	12½
Berlin. Pappen-Fabrik .	103,50	7
Wilhelmshütte	96,75	6½
Oberschles. Eisenb.-B. . .	87,40	6

Berg- u. Hüttengesellschaften.

		Div. 1889.
Dortm. Union-St.-Prior.	—	4
Königs- u. Laurahütte .	138,25	11
Stolberg, Zink	68,00	2½
do. St.-Pr.	127,25	7½
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 23. Januar.

Amsterdam	8 Tg.	4	168,80
do.	2 Mon.	4	167,75
London	8 Tg.	3½	20,325
do.	3 Mon.	3½	20,225
Paris	8 Tg.	3	80,55
Brüssel	8 Tg.	3	80,55
do.	2 Mon.	3	80,30
Wien	8 Tg.	4½	177,75
do.	2 Mon.	4½	176,75
Petersburg	3 Wch.	5½	235,75
do.	3 Mon.	5½	234,75
Warschau	8 Tg.	5½	235,75

Discont der Reichsbank 4 %.

Sorten.

Dukaten	9,70
Sovereigns	20,29
20-Francs-St.	16,14
Imperials per 500 Gr. . . .	—
Dollar	—
Englische Banknoten	20,34
Französische Banknoten . . .	80,80
Oesterreichische Banknoten .	178,00
Russische Banknoten	236,45

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.